

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für Inneres
und Sport und für Migration und Teilhabe**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung

**Verantwortungsvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik
organisieren - Kommunen bei der Aufnahme von
Asylbewerbern und Flüchtlingen entlasten**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/46

während der Plenarsitzung vom 17.04.2024
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es ist gut, dass von Vizepräsidentin zu Vizepräsidentin gewechselt wird. Dann weiß ich wenigstens, dass ich eine Frau anzusprechen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich diesem Thema nähert, dann erkennt man - das ist vollkommen richtig von Ihnen beschrieben, Herr Bock -, dass es eine Herausforderung ist. Das ganze Thema war schon immer eine Herausforderung. Und das ist der Grund dafür, dass das Land, der Bund und die Kommunen das zusammen machen. Man kann die Ursache dafür so darstellen, wie es die AfD macht - nahe an Potsdam -, oder man kann man sich den Problemen wirklich nähern.

Wir haben das Problem, dass es in der Ukraine einen Krieg gibt und dass es in vielen Ländern Afrikas und anderswo Not gibt und es auch zu Verfolgung kommt. Diesen Menschen, die verfolgt werden, wollen wir helfen. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Vorhin haben wir zu einem Tagesordnungspunkt gesprochen und dabei festgestellt, dass wir zu wenig Arbeitskräfte haben. Das bedeutet, dass wir den Bedarf gar nicht selbst decken können. Daher müssen wir viel dafür tun, dass wir die Leute, die hier sind, in den Arbeitsmarkt integrieren.

Dafür muss man auf die Leute zugehen. In der Agentur für Arbeit bei mir vor Ort - da kann man sich schlau machen - haben sie festgestellt, dass die Kommunikation gerade mit den Ukrainern nicht gut funktioniert hat, weil man auf dem Arbeitsmarkt der Ukraine ganz anders eine Arbeit findet, als das hier der Fall ist. Sie hat jetzt zwei Ukrainer eingestellt, weil man gemerkt hat, dass man aneinander vorbeikommuniziert hat. Die Quote steigt seitdem rasant - man bringt die Menschen an die Arbeit.

Die Sprache ist auch in vielerlei Hinsicht ein Problem. Weil man in Dänemark mehr Englisch spricht, ist es dort ein Stück weit leichter. Aber ich sehe, dass die Agentur für Arbeit auf einem guten Weg ist, genau das zu öffnen. Sie macht das auch mit Gruppen, die ein Bleiberecht haben und durchaus Qualifikationen haben, die wir auf dem Arbeitsmarkt gebrauchen könnten.

Vieles von dem, was im CDU-Antrag steht, ist umgesetzt. Das haben Sie auch selber eingeräumt. In einigen Bereichen müssen wir uns bewegen. Die Bezahlkarte wird kommen. Sie wird aber so kommen, dass sie diskriminierungsfrei ist. Das ist überhaupt kein Problem, das so umzusetzen. Und wir werden auch noch weitere Schritte gehen.

Aber eins ist auch ganz deutlich: Wir werden bei uns hier in Niedersachsen dafür sorgen und ganz viel tun müssen - und zwar vollkommen unabhängig davon, ob die

Leute hierher zuwandern, weil sie hier arbeiten wollen -, damit wir auf dem Wohnungsmarkt viel mehr entwickeln und viel schneller sind. Dazu werden wir ja morgen auch noch ein Gesetz beraten, mit dem wir genau diese Beschleunigung vornehmen, meine Damen und Herren.

Mir würde es viel besser gefallen, wenn wir ganz bestimmte Punkte nicht immer nur nach oben ziehen und so skandalisieren würden. Wir sind hier in der Politik eigentlich dafür angetreten, vernünftig zu argumentieren. Deshalb tut mir das ein bisschen weh. Ich habe heute schon bei den Themen Feuerwehr und Polizei erleben müssen, dass unser früherer Koalitionspartner viel an Realitätswahrnehmung verloren hat. Das ist zu bedauern. Aber vielleicht legt sich das irgendwann einmal. Ich bin ganz zufrieden, dass ich die Rollen zwischen Opposition und Regierung nicht so oft hin und her wechseln musste. Das würde mir sichtlich schwerer fallen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind auf dem richtigen Weg. Auch die ständige Unterrichtung im Ausschuss führt dazu, dass wir viele Informationen haben. Wir wissen jetzt, dass Leute, die eben keine Bleibeperspektive haben, erst einmal in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Das ist eine Forderung von Ihnen, die jetzt umgesetzt ist. Ich hoffe, dass viele von Ihnen uns auch bei der Suche unterstützen, wenn wir Einrichtungen errichten wollen, und nicht immer das Gegenteil getan wird, wenn man vor Ort betroffen ist.

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Das Thema ist bei der Innenministerin gut aufgehoben - bei uns allemal auch. Wir arbeiten weiterhin pragmatisch. Wir sind nicht in der Künstlersozialkasse versichert, sondern wir machen solides Handwerk.

Vielen Dank.